



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

506 (3.11.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209261](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209261)

in der Entschließung des Reichstages, so wird in dem weiteren Bericht eines Gewährsmannes ausgeführt, den Zusammenbruch...

Bekanntlich wurde anlässlich der Aktion der pfälzischen Sonderbündler von den Franzosen der bayerische Gefolgschaftsrat Dr. Knob aus der Pfalz ausgewiesen...

Die Separatisten in Ludwigshafen

Nach dem Stachhaus in Ludwigshafen versammelten sich gestern Abend eine Anzahl Sonderbündler, um einen Angriff zu vollziehen...

Die Wiedereinstellung der Eisenbahner

Bis jetzt ist nur ein geringer Teil der in der Pfalz zurückgebliebenen Eisenbahner von den Franzosen eingestellt worden...

Die Propaganda arbeitet

In welcher Weise die pfälzische Bevölkerung von den Franzosen bearbeitet wird, geht aus einem Flugblatt hervor...

An Anheeracht, daß die Berliner Regierung mit ihrem Papierjournalist bankrott gemacht hat, in Anbetracht, daß Frankreich immer die Hüterin der heiligsten Menschenrechte gewesen ist...

Die neue Kabinettskrisis

Eine bedeutsame Frage bleibt, ob dem Bruch der großen Koalition im Reich auch deren Auflösung in Preußen folgen soll...

Berlin, 2. Nov. Laut Reichsanzeiger ist dem Staatssekretär Stöcker die nachgehende Entlassung aus dem Reichsdienst erteilt worden.

Das Buch des Blutes und der Tränen

Erinnerungen der Pariser Schanzrichter. Früher Schreiber der vergangenen Jahrhunderte zeigten aus dem Buch auf, das jeden bei seinen Rippen in Verborgem enthält...

Die Schwester des Königs. Heute haben wir Madame Elisabeth nach der Conciergerie gebracht. Während man eine Zelle in der Frauenabteilung für sie zurückmachte, führte man sie in die Kanale, wo mein Sohn sie erblühte...

21. Nov. Ich wohnte einem Teil der Sitzung bei, in welcher die Schwester des verstorbenen Königs verurteilt wurde. Dumas führte den Vorfall; es lagen fünfzehn Geschworene auf den Bänken...

Man muß sehr dumm sein zu glauben, daß ein Mann, dem niemand die Verstandesbeschränkung abspricht, einen solchen Schritt getan habe. Andere im Gegenteil versichern, er habe sich in den Kammer des Reichstages, der mindestens ohne Nutzen sei, entsagen lassen...

Rachen zum zweiten Male befreit

Die Sonderbündler sind gestern gegen 2 Uhr wieder plötzlich aus Rachen abgerückt. Kein einziger Separatist ist mehr in Rachen. In der Bevölkerung atmet man erleichtert auf...

Nachdem den Sonderbündlern durch ihre gute Bewaffnung — sie gingen teilweise sogar mit Handgranaten und Sprengpatronen vor — die Eroberung des Racher Rathauses normittags gegen 10 Uhr gelungen war, führten sich die Separatisten als unumschränkte Herren der Stadt Rachen. Sie zogen singend durch die Straßen und benahmten sich gegen die Bevölkerung sehr herausfordernd...

furchtbare Lynchjustiz

Zwei von ihnen wurden in Stücke gerissen. Die beiden andern schwer verwundet. Schließlich bewegte sich der Sonderbündlerzug luxuriös zum Hauptbahnhof, von wo die etwa 1500 Separatisten verabschiedet wurden.

In der Stadt herrscht eine förmliche Festimmung. Der englische Konsul wurde auf den Schultern in das Rathaus getragen. Mehrere englische Offiziere wurden begeistert Huldigungen dargebracht. Das Rathaus und das Regierungsgebäude sind vollständig in der Hand der deutschen Behörde. Schupo sperren beide Gebäude ab.

Im Regierungsgebäude fand man als „Nachlaß“ der Sonderbündler einen Haufen schmutziger Damenwäsche und unzählige Pakete Ladener Rotgelb. Im Rathaus haben die Sonderbündler mit Banden gehaust, besonders in den mit antiken Gemälden und Möbeln ausgestatteten Zimmer der Bürgermeister im großen Kaisersaal haben die Sonderbündler mit Gewehren und Revolvern in die in der ganzen Welt bekannnten Fresken Alfred Rethels über das Leben Karls des Großen hineingehauen. Ein Gemälde, die Krönung Karls des Großen darstellend, weist 21 handbreite große Einschüffnungen auf.

Die Lage in Sachsen

Der Austritt der Sozialdemokratie aus der großen Koalition im Reich wird auch auf Sachsen nicht ohne Auswirkungen bleiben. Das eben erst mühsam zustande gebrachte Kabinett Frelich ist dadurch in seiner Grundlauge erschüttert.

Wie wir erfahren, läuft die ganze Propaganda der Kommunisten darauf hinaus, die Sozialdemokratie in Sachsen zu kürzen. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Auflösung des Landtages von ihnen unterstützt werden wird.

Haftbefehl gegen Brandler

Nach einer Mitteilung der „Dresdener Volkstimme“ hat das Amtsgericht wegen den bisherigen kommunistischen Ministerialdirektor Brandler Haftbefehl erteilt.

Die Befehlsmachung vom 22. Oktober über das allgemeine Verbot des Versammlungsrechts wurde von dem Reichshaber des Reichstages IV aufgehoben. Die Reichswehr rückt gestern ohne Zwischenfall in Chemnitz ein.

Neues Aufsteigen kommunistischer Hundertschafften

Nach Nachrichten aus Bauen sind dort erneut trotz des Verbotes des Wehrkreiskommandos kommunistische Hundertschafften aufgetreten. Sie haben in den verschiedenen Richtungen wiederholt Streifzüge nach den umliegenden Dörfern und Rittergütern unternommen. Da die Bevölkerung durch das Vorhandensein der Hundertschafften aufs äußerste demunstriert wurde, schritt Gendarmarie und Schupo ein und verhaftete sieben Adelsritter, die in das Gefängnis nach Bauen abgeführt wurden. Davorhin richteten die Hundertschafften an der Bauener Militärkommandantur die Forderung, die festgenommenen freizulassen. Diese Forderung wurde sowohl von dem Kommandanten sowie auch später vom Wehrkreiskommando in Dresden abgelehnt.

Die kommunistische Abgeordnete Frau Unger, die die Laßner Unruhen leitete, hat sich, wie die Badische Presse meldet, nach Offenburg in den Schutz der Franzosen (!) begeben.

Lohnzahlungen und Zahlungsmittel

„Laut „Vossischer Zeitung“ hat das Reichsfinanzministerium eine Verfügung erlassen, daß bei den Lohnzahlungen an die Reichsarbeiter am 8. November und bei den Gehaltszahlungen an die Beamten und Angestellten am 9. November über 10 Proz. der Bezüge in wertlosen Zahlungsmitteln ausbezahlt werden sollen. Die daselbst Blatt weiter aus der Reichsanzeiger erfährt, daß die Zahlungsmittelknappheit überwunden, Geldern wurde in Berlin voll ausbezahlt. Der Provinzbedarf ist schon seit vorgestern völlig befriedigt.

Nach dem „Votalanzeiger“ soll die Ausgabe der Rentenmark und zugleich die Stilllegung der Notendrucke am 11. November erfolgen.

Württemberg und Bayern und die Betriebssteuer

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Zeitungsnachrichten zufolge sind in Bayern Bestrebungen im Gange, die auf eine Verweigerung der Zahlung der Anfang November fälligen Steuer der Arbeitgeberrückgabe und der Landabgabe hinauslaufen. Die schon mehrfach bekannt gegeben, hat die württembergische Regierung wiederholt die schärfsten Bedenken gegen diese Steuern in ihrer jetzigen Form und Höhe geltend gemacht und mit allem Nachdruck eine rasche Umänderung des Reichsgesetzes für die Besteuerung der Betriebe gefordert. Sie hat ihre Vorstellungen in dieser Sache neuerdings in dringlicher Form wiederholt und das Reichsministerium aufgefordert, an eine sofortige Umgestaltung der Betriebssteuer heranzutreten und schon für die Novembertermine die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Die württembergische Regierung wird auch weiterhin mit allen ihr zu Gebote stehenden verfassungsmäßigen Mitteln für die Verwirklichung ihrer Überzeugung wirken, muß es aber entschieden ablehnen, eine ungelegliche Steuererweiterung irgendwie zu unterstützen.

Badische Politik

Der badische Landesaußenhof der Deutschen Volkspartei tritt am Sonntag, den 4. November, in Bfrozheim zu einer Sitzung zusammen, die sich vornehmlich mit der politischen Lage im Reich und in Baden befaßt wird. Als Referenten sind Reichstagsabgeordneter Dr. Curtius und Landtagsabg. Weber vorgesehen. Weiter wird sich die Versammlung mit organisatorischen Fragen befassen.

Ein Ermächtigungsgesetz in Baden?

Unter den Koalitionspartnern des Badischen Landtags wird, wie das „Heidelberger Tageblatt“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, seit einiger Zeit die Frage erörtert, ob für Baden ein Ermächtigungsgesetz geschaffen werden soll. Dieses Ermächtigungsgesetz, dessen Gedanke von Zentrumskreisen ausgeht, soll, sollte der badischen Regierung außerordentliche Vollmachten zur Durchführung der Verwaltungsreform erteilen, wenn auch durch die Bestimmungen der Reichsregierung der Zuständigkeitskreis für die Vollmachten sehr eng gezogen wäre. Das Blatt sieht diesem Plane ablehnend gegenüber und bringt ihn in Zusammenhang mit der am 7. November bevorstehenden Wahl des badischen Staatspräsidenten, da turnusmäßig dieses Amt von einem Angehörigen des Zentrums, wahrscheinlich dem jetzigen Finanzminister Köhler, zu besetzen sei. Es befürchtet, daß die Verwirklichung des Projektes das weltliche Unterrichtsweesen mehr oder weniger erheblich abgebaut und namentlich das Fortbildungswesen, die Gesamtschule und der Betrieb an den badischen Hochschulen eingeschränkt werden würde, und führt u. a. eine Verbreiterung der gegenwärtig aus Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten bestehenden Koalition in Baden an.

Im Zusammenhang mit der Frage des Abbaus des Verwaltungsbetriebs schreibt das Blatt: „Man braucht wohl nicht ein schlechter Badener zu sein und kann es bei jedem Besuch in Karlsruhe doch immer wieder als Größtes empfinden, daß ein Land mit wenig über 2 Millionen Einwohnern und einem durch die Reichsregierung und -gesetzgebung erg. bestimmten Aufgabenkomplex einen so aufgelahten und der deutschen Kräfte nicht mehr entsprechenden Regierungskörper hat. Es herrscht ein wunder Punkt im republikanischen Deutschland — dieses partikularistische Baden auf kleinstaatliche Minister- und Gouvernementsbereich, dieses Spielen mit Souveränitätsidealen, wie es nicht schimmer im Großherzogtum war. Hier müßte man einmal den Mut haben, anzusehen, und dabei dürfte man auch nicht vorübergehen an der Frage einer zunächst teilweise Verwaltungsverhmelzung zwischen Baden und Württemberg.“

Letzte Meldungen

Kommunistenverhaftungen in Berlin

Berlin, 2. Nov. In den letzten Tagen fanden in Berlin zahlreiche Verhaftungen von Mitgliedern der kommunistischen Partei Deutschlands statt. Es handelt sich um eine große Aktion der Abteilung 1a des Polizeipräsidenten, die am gestrigen Nachmittag aus einer Hausdurchsuchung in der Redaktion der „Roten Fahne“ vornahm und dort Propagandamaterial beschlagnahmte. Bei den Verhaftungen wurden zum Teil Waffen, zum Teil Propagandamaterial beschlagnahmt, das darauf schließen läßt, daß trotz aller ergangenen Verbote teils der Kommunisten an der weiteren Aufstellung und Bewaffnung von Hundertschafften gearbeitet wird.

werden: in dieser Beziehung hatte mir Bureau strengen Befehl erteilt. Sie blieb unter den Gendarmen auf dem Bloche stehen, während ihre Gefährden den Tod erlitten. Ich sah sie mehrere Male an und immer betete sie, das Gesicht nach dem Schloß gewandt, ohne auch nur die geringsten Bemerkungen die Augen aufzuschlagen. Der junge Montmorin und der Bediente Hote riefen: „Es lebe der König!“ Dies letzte des Jubelstimm in große Wut. „Jehesmal, wenn das Messer fiel, hätte ich es Bisail und rief: „Es lebe die Nation!“ Die Prinzessin, mit erhabenen Dingen beschäftigt, hörte diese Rufe und Beschwörungen mit Gleichgültigkeit an; sie blieb unbeweglich, wie jene Sturven des Glaubens, die man früher unter den Falten der Kirchen sah und deren inneren Besitzt keinen anderen Ausdruck zu haben schien, als den der Liebe zu Gott. Als ihre Zeit gekommen war, trat sie langsam dem Schrittes die Stufen hinauf; sie betete ein wenig, ihr Haupt war auf die Brust geneigt. In dem Augenblick, als sie sich dem Fallbrett näherte, rief sie einer der Gefährden das Halstuch von den Schultern. Da rief sie in edler Schwermütigkeit: „D mein Herr, haben Sie Mitleid!“

Holt in demselben Augenblick wurde sie auf das Brett geschleudert, und ihr Kopf fiel. Im elf Uhr abends wurde sie mit den übrigen Beurteilten zu Montfaucon beordert; man warf viel Rolk auf ihren Körper, ebenso wie auf den des Königs und der Königin.

Die Schatzkammer

Der dunkle Himmel, unter dem wir leben, scheint sich ein wenig zu klären. Am 18. hat Robespierre eine Rede gehalten, in welcher er sich wirklich bereit zeigte, wahrheitsgemäß, weil er authentisch war. Anfolge dieser Rede erklärten dieselben Repräsentanten, welche Robespierres Absetzung und dem daraus entstandenen Stande Befehl erteilt hatten, durch ein Dekret, daß das französische Volk das Dasein des höchsten Wesens und die Unsterblichkeit der Seele wieder anerkenne. Viele Leute schürzen über diesen Lieben Gott, mit dem wir durch das Gesetz verbunden worden sind; aber alle Leidenben, und zu diesen möchte ich mich zählen, fühlten sich ein wenig durch diesen einfachen Satz getrübt. Wenn man das Dasein eines höchsten Wesens erklärt, so nimmt man die Verpflichtung auf sich, zur Gerechtigkeit, welche kein Gesetz ist, zurückzukehren. Daß dies das höchste, ist mein selbes Gebot, welches ich an den Gott des Moments richte. Mein wurde nicht eingetrieben.

23. Nov. Mein gestriges Gebot ist noch nicht erfüllt worden, denn der Bürger Fouquier hat uns aufgetragen, für neue Gefährden zu sorgen. — Man sagt, die Gefangenen regen sich in den Gefängnissen, und man müsse Luft machen. Sie sollen Verdammen angehteln, um die Republik zu führen; dies ist nicht in Erfüllen; aus dem, was ich in der Conciergerie sehe, erlaßt ich, was in den anderen Gefängnissen vorgehen mag. Ueberallhin schickt man Leuten mit dem Auftrag, die Gefangenen zum Schwören zu bringen; sie versetzen sie in die höchste Luft

Sitzung des Bürgerausschusses am Freitag, 2. November 1923

Neue Forderungen der Erwerbslosen — Ein Zwischenfall: die Erwerbslosen lassen Bürgermeister Ritter 400 unbezahlte Gasrechnungen überreichen — Vorzeitiger Abbruch der Verhandlungen infolge wüster Ausfälle der Kommunisten gegen die Polizei

Das standlose Verhalten der Kommunisten hat zu einem vorzeitigen Abbruch der gestrigen Bürgerausschusssitzung geführt. Als durch Namensaufruf die Beschlussfähigkeit des Kollegiums festgestellt war, teilte Oberbürgermeister Dr. Rütger mit, daß der Erwerbslosenausschuss eine Anzahl Forderungen überreicht habe. Geschäftsordnungsmäßig können diese Forderungen im Kollegium nicht zur Beratung gelangen. Daraufhin nahm der kommunistische Stadtdirektor das Wort zur Geschäftsordnung. Er meinte, in einem solchen Falle sollte man sich nicht streng an die Bestimmungen der Gemeindeordnung halten, sondern der gegenwärtig sehr gespannten Lage Rechnung tragen. Als der Oberbürgermeister hierauf erklärte, daß für ihn die Sache erledigt sei, protestierten die Kommunisten und riefen, für sie wäre damit die Angelegenheit nicht erledigt. Als der Oberbürgermeister nicht nachgab, vielmehr in die Tagesordnung mit der Befragung der Beschlüsse des gemischten beschließenden Ausschusses eintrat, steigerte sich die Erregung der Kommunisten dergestalt, daß der Oberbürgermeister sich infolge der ständigen Zwischenfälle genötigt sah, die Angelegenheit zur Debatte zu rufen. Stadtdirektor springt von seinem Sitz auf, eilt mit einem Paket auf den Stadtrat zu und legt ein dickes Bündel Gasrechnungen vor dem Bürgermeister Ritter auf den Tisch des Hauses. Es seien, so bemerkt er erklärend, rund 400 Stück, die ihm von den Erwerbslosen übergeben wurden. Die Beträge, die von einzelnen Erwerbslosen gefordert wurden, gingen weit über 200 Milliarden.

Der Oberbürgermeister sah ein, daß die Verhandlungen unmöglich in dieser Weise weitergeführt werden könnten. Er ließ infolgedessen eine Pause eintreten, um dem Stadtrat Gelegenheit zu geben, zu den Forderungen der Erwerbslosen Stellung zu nehmen. Während sich der Stadtrat zur Beratung zurückzog, fanden die Stadtdirektoren im Saal und auf dem Gange in Gruppen zusammen und besprachen den Zwischenfall. Gegen 5 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Da auf der Tagesordnung die Weiterberatung des Haushaltsplanes der Stadt Mannheim für das Rechnungsjahr 1923 stand, war den Kommunisten Gelegenheit gegeben, bei Titel XX „Wohlfahrtspflege“ die Wünsche und Forderungen der Erwerbslosen zu besprechen. Die Kommunisten gaben sich mit diesem Anwesen, bei dem Stadtrat gefunden hatte, zufrieden. Und so konnte ohne weiteren Zwischenfall in der Erziehung der Tagesordnung fortgeschritten werden. Der Oberbürgermeister behandelte die mündlichen Mitteilungen über die Beschlüsse des gemischten beschließenden Ausschusses und rief alsdann als weiteren Gegenstand die Änderung der Statuten des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts auf. Die Vorlage veranlaßte eine längere Debatte, weil sich die Fraktionen vor allem über die Amtsbauer der Richter nicht einig waren. Stadtdirektor von der Fraktion der Deutschen Volkspartei hatte seine Einwendungen gegen die Verlängerung der Amtsbauer zu erheben, sprach sich aber gegen eine Verringerung der Zahl der Richter aus. Gleichzeitig erinnerte er an den schon einmal bei der Voranschlagsberatung gestellten Antrag, die Vergütungen der Amtsbauer zeitgemäß zu erhöhen, da sich unter ihnen Kleinrentner befinden, die finanziell zum mindesten nicht besser als die Arbeiterbeschäftigten gestellt sind. Oberverwaltungsrat Böß berief sich demgegenüber auf das Gesetz, das die Arbeitsverhältnisse im Gewerbe- und Kaufmannsgericht ehrenamtlichen Charakter verliehen hat. Trotzdem sollten nach unserer Meinung Ausnahmen gemacht werden, wenn sich in einzelnen Fällen herausstellt, daß dem Amtsbauer ein höherer Verdienst als dem Arbeiterbeschäftigten vergütet werden muß. Bei der Abstimmung wurde der vorstehende Antrag nahezu einstimmig abgelehnt und mit der gleichen Mehrheit die Amtsbauer auf vier Jahre festgelegt. Die neue Fassung der Statutenänderung wird dem Stadtrat überlassen.

Die Neuernennungen des Gemeinderichters und Schiedsmannes und seiner Stellvertreter wurden ebenfalls ausgeprochen. Alsdann begann die Weiterberatung des Voranschlags für 1923 bei Position XX „Wohlfahrtspflege“. Hier war nun der Stadtdirektor in der Lage, sich ausführlich über die Wünsche und Forderungen der Erwerbslosen zu äußern, wobei er betonte, daß seine Fraktion den Antrag des Erwerbslosenausschusses zu ihrem eigenen gemacht habe. Stv. Dreifuß (Soz.) bemerkte später, man wolle die Ausführungen des Stv. Rütger durchaus unterschreiben. Damit soll erzielt sein, daß sie angehängt werden könnten. Eine wesentlich andere Tonart klang der Kommunist Sach an, als Stadtrat Rütger die ungewissen Schwierigkeiten aufzählte, die sich ihm in der Erwerbslosensituation entgegenstellten. Es wird das menschlichste möglich zur Überbrückung der letzten Monate getan. Stv. Böß ließ sich durch die durchaus einseitigen Ausführungen Rütgers, der eine wahre Herkulesarbeit zu leisten

hat, nicht beruhigen. Er begann in einer geradezu unflätigen Weise zu schimpfen, bezeichnete die Industriellen, die keineswegs bei der Entkalkung ihrer Arbeiter in einer zwingenden Notlage handelten, als „korruptes Gefindel“ und griff vor allem die Polizei in einer so maßlosen Weise an — er brauchte u. a. den Ausdruck „blöde Banditen“ —, daß die bürgerlichen Mitglieder als Protest gegen dieses unerhörte Benehmen nach dem Saal verließen. Es blieb infolgedessen dem Oberbürgermeister nichts anderes übrig, als die Sitzung um halb 7 Uhr zu schließen.

Sitzungsbericht

Oberbürgermeister Dr. Rütger eröffnet um 4 Uhr 25 die Sitzung mit der Befragung der Beschlüsse des gemischten beschließenden Ausschusses vom 18., 18., 21., 24. und 28. September sowie 6., 12., 17., 22., 23. und 27. Oktober 1923.

Infolge der anhaltenden Steigerung der Ausgaben der Straßenbahn mußten die Fahrpreise wiederholt erhöht werden; seit 30. Oktober kosten die billigsten Einzelfahrer 4 Milliarden Mark.

Die Gas-, Strom- und Wasserpreise, die Gebühren für die Benützung der Kanalisation, Wasserversorgung und Straßenreinigung sowie die Wohnungsabgabe wurden mit Wirkung von der am 23. September beginnenden 1. Oktoberabrechnung bzw. vom 1. Oktober ab auf Gold: art. basis aufgestellt. Maßgebend ist der Goldmarktag, der nach den jeweils festgestellten Bemessungsgrundlagen erforderlich ist, um die in Goldmark ermittelten Ausgaben zu decken. Die Zahlung der Gebühren hat in Papiermark zu erfolgen nach einem annähernd der Prozentwertung ausgleichenden Verweissfuß, der nach dem Durchschnitt des amtlichen Berliner Dollarkurses für den vorausgegangenen 3 Tage bemessen wird. Der Abgabebestimmter kann auf seine Schuldigkeit durch Kauf von Rechnungsmarken, die 2 Monate gültig sind, Vorauszahlungen leisten. Der Kaufpreis der Marken bestimmt sich durch den am Tage des Kaufes gültigen Verweissfuß. Die Gebühren auf Goldmarkgrundlage wurden zuletzt wie folgt festgesetzt:

Gas für den Kubikmeter	22	Geldpreis
Wasserversorgung	50	
Kanalisation für die Abwasserabgabe	30	
Wasserversorgung für 2% des Mietwerts vom 1. Dez. 1923	30	
Grund- und Liegenschaftsteuer	25	
Wasserabgabe	25	
C-Strom-Gebühr in angemessener Anwendung obiger Sätze	1%	
Kanalgebühren	1%	des Steuerwerts der angeschlossenen Grundstücke
Müllabfuhrgebühren	1%	
Straßenreinigungsgeld	1%	
Wohnungsabgabe für den Monat Oktober 1923 (Geldpreis) für je 1000 M ab 1. November 1923	1%	Steuermess

Die Gebühren für den Schlacht- und Viehhof wurden mit Wirkung vom 16. September ab auf das Doppelte der bisherigen Sätze erhöht.

Die in der Sitzung des gemischten beschließenden Ausschusses vom 24. August 1923 erteilte Ermächtigung zur Aufnahme schwebender Schulden bis zur Höhe von 500 Millionen Mark wurde auf die Summe von 30 Millionen Mark ausgedehnt. Für die Schaffung einer Kartoffelreserve kann ein Vorlehen bei der Fondstafel aufgenommen werden. Die Fondstafel würde ermächtigt, werbeständige Papiere zu veräußern. Der Tausch zwischen Ammoniak und Karbolsäure ist anzubahnen. Das Goswert erlaubt und der Stadtrat den Wert erlegt, diese bringt die Mittel aus Darlehen von der Fondstafel auf. Soweit zur Beschaffung von Krediten für Lebensmittelpflichtbeschaffung notwendig ist, daß die Stadt sich verbürgt, so kann dies geschehen, sofern die Deckung des Kredits gesichert ist. Ein mit den Vereinten Kartoffelgroßhändlern Mannheim wegen Belieferung der Bevölkerung mit Karbolsäure abzuschließender Vertrag wurde genehmigt. Die Stadtkommune veräußerte sich in Kesselfabrikanten Werke gegenüber Dritten für ein Darlehen von 75 Millionen Mark samt Zinsen, das der Badische Land- u. W. m. B. H. aufzunehmen gedenkt.

Die Vermögenssteuerordnung der Stadt Mannheim mußte infolge einer zwingenden Bestimmung in der Reichsfinanzordnung zur Ausführung von § 13 des Finanzausgleichsgesetzes in ihrer bisherigen Form geändert und der Gemeindebeschluss hierüber bereits am 13. Oktober d. Js. staatlich genehmigt und in Kraft gesetzt sein. Unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen und der Wünsche der Interessenten wurde die Steuerordnung in enger Anlehnung an die Reichsnorm neu gefasst

und vom gemischt beratenden Ausschuss für indirekte Steuern genehmigt. Die wichtigsten Änderungen sind die Ermäßigung der Sätze für Kabarets und dergl. von 40—100 Proz. auf 50 und 75 Proz. und die Herabsetzung der Steuer für die sportlichen Veranstaltungen von 30 auf 20 Proz.

Das zur Ausführung der Auffüllung der verbleibenden Angelstraße in Nedarau erforderliche Straßengelände wurde erworben. — Die Stadtgemeinde tritt gegen 3115 Qm. Fläche in der 77. Sandwegmann 2673 Qm. Fläche in der 74. Sandwegmann gegen Zahlung eines Aufgebots ab. — Außerdem werden zwei Geländestücke in Heidenheim vorgenommen. Städtisches Gelände wurde verkauft: a) Im Industriegebiet an der Dillensstraße 30 Qm. zur Erweiterung einer Fabrikanlage; b) in der Oststadt zur Errichtung von Wohnhäusern an der Ecke Spinoza- und Fichtestraße 2880 Qm., an der Ecke Fichte- und verlängerte Rantstraße 1200 Qm. Zugunsten der Baugesellschaft für Kleinwohnungen G. m. B. H. wurde ein Erbbaurecht an verbleibenden Bau- und Gartenmöglickeiten im „Borberden Riemen“ in Rheinau mit zuminnend etwa 2950 Qm. bestellt und zwar auf die Dauer von 70 Jahren.

Dr. Rütger gibt bekannt, daß ein Antrag vorliegt, der verlangt, daß die Erwerbslosenfrage auf die Tagesordnung gesetzt würde. Stv. Rütger (Komm.) verlangt Behandlung dieser Angelegenheit. Auf Grund der Gemeindeordnung muß der Oberbürgermeister dieses Ersuchen jedoch ablehnen. Stv. Rütger führt durch Zwischenrufe die Ausführungen des Oberbürgermeisters, jedoch die Sitzung unterbrochen wird. Stv. Rütger überlegt darauf dem Bürgermeister Ritter einen ganzen Stoß Gasrechnungen, die von den Erwerbslosen nicht bezahlt werden können.

Nach längerer Pause wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Änderung der Statuten des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts

bildete den zweiten Punkt der Tagesordnung. Stv. Böß (Dem.) spricht sich für die Herabsetzung des Status des Gewerbegerichts aus. Es wäre zu wünschen, daß man eine Herabsetzung der Zahl der Richter auf 6 Jahre nicht vornehme. Die praktische Zeit wären wohl drei Jahre. Für das Kaufmannsgericht gelten die gleichen Erwägungen. Oberverwaltungsrat Dr. Coeb legt den Standpunkt der Stadt dar. Stv. Frau Hauser (Dem.) spricht sich für die Erhöhung der Entschädigung der Richter aus. Stv. Bräunemann (Soz.) tritt ebenfalls für eine Verkleinerung der Amtsdauer ein. Er ist der Ansicht, daß dem kommenden Arbeitsnachteils nicht vorgegriffen werden dürfe. Redner spricht sich gegen eine Verringerung der Richter aus. Stv. Hartmann (D. N.) ist der Ansicht, daß sich die Zahl der Richter (2) sehr bewährt habe; man müsse diese Anzahl beibehalten. Stv. Ehrle (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Stv. Rütger (D. N.) ist der Meinung, daß einer Verlängerung der Amtsdauer der Richter beim Kaufmannsgericht nichts entgegenstehe. Die Zahl der Richter müsse beibehalten werden, da dadurch manche Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden könnten. Die Entschädigung der Richter müsse neu geregelt werden. Stv. Grimm (Soz.) betont, daß das Gewerbegericht den Charakter als Volksgericht nicht verlieren dürfe. Die Anzahl der Richter dürfe nicht verringert werden. Der Redner spricht sich dann noch für die Verlängerung der Amtsdauer aus. Stv. Enkel (D. N.) spricht sich ebenfalls für die Vorlage aus. Oberverwaltungsrat Dr. Coeb bittet, die Vorlage in der sachrätlichen Fassung anzunehmen. Die Abstimmung ergibt, daß die Mehrzahl der Stadtdirektoren gegen eine Verlängerung der Amtsdauer der Richter ist. Ebenso wird die Amtsdauer mit 4 (nicht mit 6 Jahren) aufrechterhalten.

Das Amt des Gemeinderichters und Schiedsmannes

Das Amt des Gemeinderichters und Schiedsmannes ist durch Gemeindebeschluss vom 28. Dezember 1920 dem Stadtrichter Dr. Spiegel auf die Dauer von 3 Jahren übertragen worden. Zu Stellvertretern sind neben Oberverwaltungsrat Bräunemann noch die Stadtrichter Niederhage und Glücker ernannt. Die Amtszeit der Oberverwaltungsrat läuft am 18. Dezember ab, jedoch eine Neuerwahl nötig wird. Oberverwaltungsrat Bräunemann, da er durch seinen sonstigen Dienst voll in Anspruch genommen ist, als Stellvertreter des Gemeinderichters und Schiedsmannes auszuscheiden. Es ist daher erforderlich, für die übrigen der vorgenannten Berufen die Amtsdauer um 3 Jahre zu verlängern.

Nach kurzer Empfehlung durch Stv. A. Jelts (Dem.) wird die Vorlage einstimmig angenommen. Es folgt die Weiterberatung des Haushaltsplans für 1923

Stv. Schneider (M. B.) bittet bei 15 Feuerlöschwesen, die Beratung aufzunehmen. Stv. Dr. Woffhard (Dem.) beantragt, da der Vorstand nicht überholt sei, von einer weiteren Aussprache abzusehen. Stv. Dreifuß (Soz.) bittet, die Aussprache über den Voranschlag wieder aufzunehmen. Als Stv. Dr. Woffhard (Dem.) sei

regung, indem sie die Hoffnung in ihnen erwecken, ihre Freiheit wiederzugewinnen; dies ist erlöschend, denn heute ist die Freiheit gleichbedeutend mit Leben; so gewinnt der kalte Bruder auf ein überreiztes Wort, eine Hoffnung, eine Vermutung hin sein Geld, indem er den Unglücklichen anzeigt und den verzweifelten Wunsch der Guillotine zu entgegen, zu einer großen Verhöhnung unwahrscheinlich. Ich habe jedoch Gebilden zusammengebracht. Das Bedürfnis ist, daß man mit uns los reißt, als sollte der schiefe Pfand ewig dauern.

Ränke um Robespierre

Robespierre predigt zwar bei den Jakobinern gegen die Diktatur, hütet sich aber wohl, in einer Sitzung zu erscheinen, so das fünfjährige Ringen der Guillotine aufgestellt wird; mit anderen Worten, er überläßt seinen Amtsgenossen das ganze Geschick der Rolle der Richter und ist darauf bedacht, eines Tages seine Hände rein von allem verdorbenen Blute zeigen zu können. Aber jene haben keine Tugend erraten; zuerst erlebten sie, dann zu jenen die Waffen, die er ihnen zu ihrem Verderben überlassen hatte, gegen ihn zu kehren. Sie machten mit dem Prozeß, den man den Prozeß der Robespierre nennt (als ob Robespierre nicht ebenso gut wie er getroffen wäre), ein ungeheures Aufsehen; während sie ihn durch die aufsehenerregende Hinrichtung seiner Mitarbeiter als einen Verdächtigten, der nach der Allgemeinheit strebt, verurteilen zu lassen, so ließ der Ruf, der die Stärke des Unbestechlichen ausmacht, ihn untergeben.

Sie verurteilten in diese Angelegenheit zwei Frauen, die Saint Amant, mit wachen der jüngere Robespierre in Verbindung stand, und ihren verdorbenen Berühmte verbreiten. Die eine dieser Frauen soll Maximilians Witwe gewesen sein, und dieser ihren Kopf verlangt haben, weil sie bei Gelegenheit einer Schwelgerei erfahren habe, Königum; die junge Saint Amant würde auf die Guillotine geschickt, weil sie die Ehrträge Saint Just zurückgewiesen hätte.

Dies alles wird in der Conterterie und in der Umgebung des Schachzugs erzählt; es ist nicht weiter nötig als ein Rätsel des Romanees, aber dennoch von der größten Wirkung. Die Bürgerin Saint Amant, die Mutter, hielt in Nr. 50 des Palais Egalité ein Spielhaus, wohnen einige angesehene Personen und viele Rätselräuber kamen: Danton, Kerant de Schelles, Dostrog, der jüngere Robespierre, Desfleur, Reals und jener berühmte Baron von Boh, dessen die Polizei nicht hohler werden konnte. Diese junge und hübsche Tochter, die nicht wenig dazu beitrug, dem Spielhause Kunden zu verschaffen, war mit Sartine, einem Reffen des ehemaligen Polizeileutnants, verheiratet. Dem Besch über die Verdächtigen gemäß hat man nicht nur die ganze Familie, sondern alles, was selbst mittelbar damit in Verbindung stand, verhaftet: Maria Grandmaitre, eine ehemalige Schou-

spielerin vom italienischen Theater und Sartines Witwe, und Marie Nicole Bonhard, die Frau der Maria Grandmaitre, letztere war achtzehn Jahre alt, schien aber nicht älter als vierzehn.

Mannheimer Kunstverein

Diese zweite Schau des neuen Ausstellungsjahrs hat ihre erfreulichen Seiten und man hofft, daß auch die folgenden trotz der Ungunst der Verhältnisse ein gleiches Niveau einhalten werden. Am Mittelpunkt steht die Robert-Kunstausstellung des Mannheimer Meisters Richard Stigel. Der heute etwa dreißigjährige Künstler, auf den Akademien in Karlsruhe und Stuttgart vorgebildet, stellt nach etwa vier Jahren zum erstenmal wieder eine größere Anzahl von Bildern zusammen aus. Von zurückgebliebener Seite wird nicht gesagt, daß ein ganz bedeutender Fortschritt zu verzeichnen ist. Aber auch die ausgefallenen Werke, deren Entfallen sich auf eine weit geringere Zeitstunde verteilt, zeigen Entwicklung zu einem Ziel, erreichtes Ziel und neues Ziel haben, neuen Entwicklungsbeginn. Das ist ganz abgesehen von der schönen Einzelleistung, das Sympathische bei Stigel; er malt nicht, wenn ihm die Bewältigung eines Problems gelungen ist, nun zufrieden in dieser „Manier“ weiter — ihn drängt es sofort zu Neuem. Und es verdrängt gar nichts, daß ihm das Neue aufs erste mal nicht gleich gelang. Für Stigel ist (nach gründlichen Studien an und in der Natur, die eine solide Formbeherrschung und gute materielle Technik verraten), die Frage der Formerschaffung und neuerdings (neben dem immer wiederkehrenden Problem der Gegenwirkung Licht-Dunkel) die Frage der starken Farbe dringend. Erliere hat er zuweilen sehr glücklich gelöst — so in der prächtigen „Strahlensburg“ —, letztere macht ihm noch zu schaffen, und die Lösung wird ihm auf der Landstraße „Abend“ und der Flusslandschaft mit der roten Brücke noch nicht gelingen. Sehr gut, auch koloristisch sein und wie die „Reichthümer“ farblich sehr schön durchgearbeitet — Stigel weiß Flächen zu beleben — sind die „Großstadtinterieur“. Auch eine Sommerlandschaft, wie die Schwarz-Weiß-Bilder noch von Schindler beeinflusst, hat ihre Reize. Ein Bild von vielen Einzelarbeiten — man betrachte das Gartenstückchen — ist „Morgensonne“. Unter den Feldungen bekannter der „Waldweg“ den ersten Rang. In drei innerlich verwandten Bildern religiösen Anstehens setzt sich Stigel mit dem Expressionismus auseinander. Die „Kirche“ ist ein guter Kunst und großer Geschlossenheit. „Ostern“ voll möglichst Verhaltendheit und ein dringlicher Farbenhauch, die auch in der „Aufführung“ überwiegt; diese ist aber am wenigsten vom Schema frei. Alle drei Bilder sind ehrlich und weisen von modischen Nachahfern. Richard Stigel hat sich mit dieser auch ausgezeichnet gehängten Ausstellung in die vorbeste Reihe der einheimischen Maler gestellt.

Rut Seubert hat eine starke Begabung für das — im guten Sinne — Illustrative. In seinen kleinen großformatigen Bildern verrät er eine sichere Hand, Gelamut, Abstrakte (bis an die Grenze der ein wenig literarischen Formalität). Seine Technik ist voll Reiz und die illuminierten Blätter mit dem ausgeprägten Charakter der Bilder oder dem Geiß des Lichtes sind ganz entscheidend. Die Schmitte erreichen diese Geschlossenheit nicht ganz. Eine Gefahr allerdings bedroht diese keine Kunst: das Geschmäderte. — Die Rabierungen von Rabis haben engen Zusammenhang mit der guten Tradition der Architektur- und Landschaftsgraphik; sie sind voll Stimmung und Empfinden und von gutem italienischen Rhythmus. Die farbigen Bilder haben jedoch keinen guten Eindruck. — Der Mannheimer Prozeß bringt ein ganzes Museum von Bildern in den verschiedensten Stilarten, Maltechniken, wablos und kritisch, von der Reizendendindustrie angefangen (Oberbayerisches Bauernhaus, Idylle, Manufaktur usw.) bis zu einem recht ansehnlichen Naturauschnitt „Krautgarten“. Die großen Bilder sprechen auseinander, und zwar in der Farbe wie in der Komposition. Konstant neigt zum großen Blotzfall.

Theater und Musik

Nationaltheater Mannheim. Da unser A. Bl.-Arbeiter erkrankt ist, werden wir über die Neueinstellung von Verdis „Traviata“ nach der ersten Wiederholung berichten. Nur loolet sei für heute gesagt, daß die von Paul Breisch auf geistliche Aufführung mit Frau Barja Burawinkel und Reutgebauer in den Hauptpartien einen sehr schönen Verlauf nahm. Für den das ausverkaufte Haus mit sehr starkem Beifall dankte.

Otto Bernstein wiederholte gestern den „Reizende“, mit dem er vergangenes Jahr seine Publikum schon entzückt hatte. Auch diese Wiederholung bestatete alle Vorzüge des ausgezeichneten Virtuosenmeisters, über dessen Kunst nach dem heute stützenden Romantikerabend noch einiges zu sagen sein wird.

Der Graphiker Jähringer gestorben. Im März bei Södingen, wo er, wie schon früher in Daxos in der Schwäbi, oberhalb Heilung von seinem schweren Leiden lachte, ist der bekannte Maler und Graphiker Karl Friedrich Jähringer aus dem Leben geschieden. Der Verstorbenen verlebte seine Jugendjahre in Baden-Baden und machte sich einen Namen durch die Wappenstein „Schwäbisch“, „Laasszeiten auf der Alp“, „Schwäbisch-Bauern“, „Kornleben“ und „Bauernkaple“, denen später große Einzelleisten mit Motiven vom Oberriem und aus der Gegend von Bernau folgten. Er war ein großer Naturfreund und seine Kunst war vollständig an die Natur angelehnt. Von seinen Werken ist ein Teil auch in des Besitz der Karlsruher Staatsgalerie übergegangen. Sein frühes Hinscheiden wird besonders in Künstlerkreisen aufrichtig bedauert werden, sein Tod bedeutet einen Verlust für die badische Kunst.

Aus Zeit und Leben

Zum „Mannheimer General-Anzeiger“

Samstag, den 3. November

1923

Nr. 43

Die Pistolprobe

Von J. v. Widmann

Während meiner Heidelberger Studentenzeit spielte ich zuweilen am Sonntag Nachmittag noch bei einer Stunde überhalb im Stadtpark gelegenen Dörfling-Bergschützen. Ein Engländer, Mr. Hobbes, mit dem ich damals häufigen Umgang hatte, und der mir auch einige Anekdoten aus dem Leben der Schützen erzählte, erzählte mir, daß der jüdische Schützenmeister Herr S. das Urbild des Schützen sei. Er erzählte mir, daß Herr S. ein sehr liebenswerter Mensch sei, der sich mit der Kunst des Schießens beschäftige, und daß er ein sehr tüchtiger Schütze sei. Er erzählte mir, daß Herr S. ein sehr tüchtiger Schütze sei, und daß er ein sehr tüchtiger Schütze sei.

gänger wird müde uns die Geschichte des Puffertes nicht vorzuzählen, verzieht sich von selbst.
„Während Sie sich doch an Bräutlein Emilia!“ wachte der Puffere ab; „sie ist ja eine vorzüglich Wirtenschafterin.“
„Dann laßt die Geschichte am allernützlichsten in meinem Mund“ protestierte das Bräutlein. „Denn daß sie ein Mädchen ist, wird ihr doch am wenigsten bekümmern wollen.“
„Siehst du, wie sehr liebender siehst du mich!“ sagte unter Wert, indem er brüßlich aufsteht und sich mit der Hand durch die Haare kämmt, er brüßlich aufsteht und sich mit der Hand durch die Haare kämmt, er brüßlich aufsteht und sich mit der Hand durch die Haare kämmt.

Nun ist ein Zeitgenosse am Sonntagabend für einen Platz erkrankt, nicht die beste Vorbereitung auf die Sonntagspredigt. Der tüchtige Redner Herr S. jedoch sollte schon oft erlebt haben, daß die Gabe der Rednerie ihm nicht so leicht fällt, wie es ihm vorkommt. Er erzählte mir, daß Herr S. ein sehr tüchtiger Redner sei, und daß er ein sehr tüchtiger Redner sei.

So war ich denn vor einigen Jahren auch wieder an einem Sonntagabend von dem Herrn S. und seinen zu sich einladenden Komplikationen ausgehoben worden. Es war, wie oben gesagt, in der Zeit, als Herr S. ein sehr tüchtiger Redner war, und daß er ein sehr tüchtiger Redner war.

Seine Pflichten, die Pflichten des Mannes, die selbst auch Redner sein und den Herrn S. zu würdigen wissen, waren die nachfolgenden Pflichten, wenn ihnen je von den Schülern im „Hochschuljahr“ etwas zu sagen kam. Sie wußten sich sehr wohl zu helfen, wenn sie in einer Versammlung etwas zu sagen hatten, und daß sie ein sehr tüchtiger Redner seien.

Wie ich oben schon sagte, ist Herr S. ein sehr tüchtiger Redner, und daß er ein sehr tüchtiger Redner sei. Er erzählte mir, daß Herr S. ein sehr tüchtiger Redner sei, und daß er ein sehr tüchtiger Redner sei.

„Eine kleine Pistole, gnädige Frau“, antwortete der Pfarrer. „Pistole! Sie sind ja ein tüchtiger Schütze!“
„Eine kleine Pistole, gnädige Frau“, antwortete der Pfarrer. „Pistole! Sie sind ja ein tüchtiger Schütze!“

„Eine kleine Pistole, gnädige Frau“, antwortete der Pfarrer. „Pistole! Sie sind ja ein tüchtiger Schütze!“

„Eine kleine Pistole, gnädige Frau“, antwortete der Pfarrer. „Pistole! Sie sind ja ein tüchtiger Schütze!“

„Eine kleine Pistole, gnädige Frau“, antwortete der Pfarrer. „Pistole! Sie sind ja ein tüchtiger Schütze!“

Manche bestimmten Erhaben. Gleichmäßig wie verduende Güter sagen die Männer vom Sonntag auf ihren Gärten und bebaueten mit großen, schönen, jungen vornehmlich das löbliche Volk. Dies und das hat ein in Mannheimer gelebter Mann aus dem geistlichen Stande, der sich als tüchtiger Schütze auszeichnet, und der sich als tüchtiger Schütze auszeichnet.

„Eine kleine Pistole, gnädige Frau“, antwortete der Pfarrer. „Pistole! Sie sind ja ein tüchtiger Schütze!“

„Eine kleine Pistole, gnädige Frau“, antwortete der Pfarrer. „Pistole! Sie sind ja ein tüchtiger Schütze!“

„Eine kleine Pistole, gnädige Frau“, antwortete der Pfarrer. „Pistole! Sie sind ja ein tüchtiger Schütze!“

„Eine kleine Pistole, gnädige Frau“, antwortete der Pfarrer. „Pistole! Sie sind ja ein tüchtiger Schütze!“

„Eine kleine Pistole, gnädige Frau“, antwortete der Pfarrer. „Pistole! Sie sind ja ein tüchtiger Schütze!“

Verantwortlich: Dr. F. v. Widmann

